

stupa - info

Studentenschaft der THD

- P A R L A M E N T S P R Ä S I D I U M -

Auf seiner Sitzung am 7.7.77 beschloß das Studentenparlament den am Vormittag im Rahmen der Vollversammlung diskutierten Resolutionsvorschlag des AStA zum weiteren Vorgehen gegen das HRG mit großer Mehrheit.

Darüberhinaus wurde der Änderungsvorschlag der BG Informatik zur Vorbereitung des Streiks an den Fachbereichen und auf Initiative des MSB die Forderung an den VDS nach einheitlichem Streikbeginn angenommen.

Der RCDS stellte alternativ zu der AStA-Resolution einen Vorschlag im Studentenparlament zur Abstimmung, der anstatt eines Streiks die Durchführung zweier sog. Hochschuldiskussionstage vorsah, auf denen in Diskussionsveranstaltungen und hearings den Politikern die Forderungen der Studenten vorgetragen werden sollten. Dieser Antrag wurde von den anderen Fraktionen als nicht ausreichend zurückgewiesen, da sich bereits in der Vergangenheit gezeigt habe, daß die Politiker bisher niemals bereit waren, auf hearings oder Diskussionsveranstaltungen auf die Forderungen der Studenten einzugehen, hingegen die wirklichen Kampfmaßnahmen der Studenten, Streiks und andere Aktionen, bisher schon erhebliche Zugeständnisse von Kultusministerium und Landtag erzwungen haben.

Im weiteren Verlauf der Sitzung stellte der RCDS einen Mißtrauensantrag gegen den Studentenparlaments-Präsidenten Peter Spiewack (BG). Dieser Antrag fand nicht die erforderlichen 21 Für-Stimmen, sondern wurde bei 9 Ja, 11 Nein- und 5 Enthaltungen abgelehnt, da die Basisgruppen dagegenstimmten und sich der Großteil der Juso-Hochschulgruppe enthielt.

Zu der Situation im FB 11 beschloß das Stupa einstimmig folgenden Antrag:

Das Studentenparlament fordert das hessische Kultusministerium auf, den Fachbereich 11, wie auch alle weiteren hessischen Fachbereiche der Geowissenschaften, nicht aufzulösen. Vielmehr sollen den Studenten sach- und studiengerechte Leistungen geboten werden.

Eine Auflösung der Geo-Fachbereiche ist sachlich völlig unbegründet.

→
b.w.

ACHTUNG! ACHTUNG!

Der Karlshof - das neue große Wohnheim mit Gruppenappartments - wird demnächst im ersten Bauabschnitt fertiggestellt! Die Mieten werden sich mit allen Nebenkosten zwischen etwa 130 - 150 DM bewegen. Es besteht die Möglichkeit, sich gruppenweise für Appartments anzumelden. Zuständig ist die Wohnraumstelle des Studentenwerks.

ACHTUNG! ACHTUNG!

Resolutionsvorschlag des AISTA

Die Situation an den Hochschulen ist seit der Verabschiedung des HRG dadurch gekennzeichnet, daß ein immer stärkerer Widerstand der Studenten - und auch der Assistenten und Professoren - gegen die Umsetzung des HRG entsteht.

Gerade die Studenten machten in den letzten Semestern durch massive Aktionen, Streiks und Demonstrationen deutlich, daß sie das HRG mit seinen restriktiven Maßnahmen wie Regelstudienzeit, Ordnungsrecht und verstärkte Unterordnung der Hochschule unter das Kultusministerium nicht hinnehmen werden und bereit sind, gegen die Verwirklichung des HRG zu kämpfen.

In den nächsten Monaten sollen die Landesgesetze dem HRG angepaßt werden. Eine Anpassung der Landeshochschulgesetze an das HRG bedeutet jedoch für uns, daß uns Prüfungsordnungen mit Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulationen oktroyiert werden. Um diese Maßnahmen durchsetzen zu können und unseren Widerstand gegen das HRG und die Anpassung des Landeshochschulgesetzes an das HRG zu brechen, soll mit dem Ordnungsrecht - einem Sonderrecht für Studenten - den Studenten ein Maulkorb verpaßt werden.

Die Erfahrungen der letzten Semester haben jedoch gezeigt, daß Erfolge möglich sind.

- Im WS sollte durch die zentrale Diplomprüfungsordnung die 8semestrige Regelstudienzeit mit Zwangsexmatrikulation an der TH eingeführt werden. Dies scheiterte jedoch an dem Widerstand der Studenten, der sich in einem 2tägigen Streik ausdrückte. Daraufhin stellten sich im Senat auch die Professoren hinter die Forderungen der Studenten.
- Aus dem hessischen Kultusministerium sickerte durch, daß man eine Regelstudienzeit von 8 Semestern wahrscheinlich kaum durchsetzen könne.
- Anlässlich des Streiks an der Uni Hamburg mußte der Wissenschaftssenator zusagen, sich für eine Änderung des HRG und gegen die Regelstudienzeit einzusetzen.

Die bisherigen Aktionen der Studenten gegen das HRG konnten also einige wichtige Punkte des HRG, insbesondere Regelstudienzeit und NC angreifen und in Frage stellen.

Zur Fortführung des Kampfes gegen das HRG erklärt die Vollversammlung der TH:

Der bundesweiten Umsetzung des HRG in Ländergesetze und an den Hochschulen müssen wir Studenten mit bundesweiten Kampfmaßnahmen antworten und begegnen.

Das stärkste und wirkungsvollste Mittel der Studenten ist der bundesweite, gemeinsame Streik gegen das HRG und seine Auswirkungen. Aus den bisherigen Aktionen - auch in anderen Bundesländern - ist zu sehen, daß wir eine reale Chance haben, Erfolge zu erzielen. Dazu ist es notwendig, gemeinsam mit anderen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, die auch schon in den vergangenen Streiks die Forderungen der Studenten unterstützten, wie den Schülern und Gewerkschaften, uns für die Rücknahme des HRG einzusetzen.

Im Mittelpunkt des Streiks müssen die Auseinandersetzungen mit den Vorwagnahmen des HRG an den Hochschulen und Fachbereichen und die Anpassung der hessischen Landesgesetze stehen.

Durch unsere Aktionen können wir hinter unsere Forderung nach einem materiell abgesicherten, wissenschaftlichen und qualifizierten Studium den nötigen öffentlichen Druck setzen. Dies ist ein wichtiger Schritt zu unseren Ziel, der Rücknahme des HRG.

Zur Vorbereitung des Streiks beschließt die Vollversammlung:

1. Das HRG stellt den zentralen Angriff auf unsere Studienbedingungen dar. Deshalb soll sich der Streik der TH schwerpunktmäßig auf die (bereits mehrfach) von der VV beschlossenen Forderungen konzentrieren.
 - Rücknahme des HRG
 - keine Anpassung der Landesgesetze an das HRG
 - keine Vorwagnahme und Umsetzung des HRG in Studien- und Prüfungsordnungen an den Fachbereichen
 - für ein materiell abgesichertes Studium
 - für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten, für die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Schule, Hochschule und Betrieb.
2. Studentenparlament und AstA werden beauftragt, eine Urabstimmung zu Beginn des WS 77/78 über einen Streik an der TH im Rahmen der bundesweiten Kampfkationen vorzubereiten und zu organisieren.
3. Fachschaften, AstA und Stupa werden aufgefordert, den Streik zu koordinieren und vorzubereiten. Die Fachschaften der THD werden aufgefordert, noch in diesem Semester Streikkomitees zu bilden, die dann Vertreter in einen zentralen THD-Streikrat entsenden. Zu Beginn des WS sollen auf Fachbereichsvollversammlungen Delegierte zu diesem Streikkomitee gewählt werden, die dann die bisherigen, provisorischen Mitglieder ablösen. Die Streikkomitees haben die Aufgabe, die Streikvorbereitungen und die Aktivitäten (z.B. Streikinfos) und Veranstaltungen während des Streiks mitzutragen und koordinieren. Sie unterstützen die Arbeit der Fachschaftsvertretungen und des AstA. Gemeinsam mit den LAKs und der VDS und deren finanzieller und organisatorischer Unterstützung bilden Vertreter aller Hochschulstreikkomitees landesweite bzw. ein bundesweites Streikkomitee, die zentrale Aktionen koordinieren und landesweite Informationsblätter (z.B. über neueste Entwicklungen der Landeshochschulgesetze) herausgeben.

Die VDS wird aufgefordert, ihr Organ vds-press zu Beginn des kommenden Wintersemesters öfter und vor allem mit Informationen zu den Streiks erscheinen und es während des Streiks zum "bundesweiten Streikinfo" werden lassen.
4. Der Streik im WS 77/78 soll als aktiver Streik geführt werden, d.h. in Arbeitsgruppen und auf Veranstaltungen sollen die grundlegenden Probleme von Studium und der gesellschaftlichen Rolle und Verantwortung der Studenten und Akademiker diskutiert und ausgearbeitet werden. Hierzu sollen Streikkomitees, Fachschaften und AstA Vorbereitungen treffen und Vorschläge auf den einzelnen Fachbereichsvollversammlungen diskutieren. Nur durch eine echte inhaltliche Diskussion kann auch ein längerer Streik ein Erfolg werden.
5. Der AstA wird aufgefordert, sich bei der VDS für einen einheitlichen Streikbeginn einzusetzen.